



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

18. Februar 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

verfolgt man die Nachrichten und Ticker-Meldungen in diesen Tagen, so scheint es, als gäbe es nur das Thema „Edathy“. Dieser Fall, seine mutmaßlichen Hintergründe und der Rücktritt von Bundeslandwirtschaftsminister Friedrich wird vor allem im politischen Berlin ´rauf und runter´ diskutiert. Ich meine, das tut weder unserer politischen Kultur gut noch hilft es bei der Aufklärung des eigentlichen Falls. Und aus all` den - zugegebenermaßen sehr verwirrenden - Informationen, die nach und nach bekannt werden, nun auch noch das Ende der Großen Koalition herbeizureden, ist völlig übertrieben.

Wichtig ist jetzt, dass Sebastian Edathy fair und gerecht behandelt wird. Sollte sich tatsächlich bestätigen, dass er nichts Strafbares getan hat, können wir sein Verhalten nur moralisch bewerten und verurteilen. Heribert Prantl schreibt in der SZ ganz richtig: „Heute ist [das] bei prominenten Beschuldigten eine neue Sanktions-Art: Öffentlich Anprangerung und Verdammnis lange bevor geklärt ist, ob und wie sie sich schuldig gemacht haben. Ein Fortschritt ist das nicht.“

Gestern Abend war ich in Darmstadt - die Jusos hatten mit mir eine Veranstaltung zur Asylpolitik organisiert. Der Karolinenaal war bis auf den letzten Platz gefüllt und zwei Stunden wurde intensiv und engagiert diskutiert - super!

Diese Woche ist neben den Sitzungsterminen des Bundestages stark geprägt von meinen Terminen als Staatssekretärin - aber nächste Woche bin ich endlich einmal wieder ein paar Tage im Wahlkreis: Bürgersprechstunde, Diskussionsveranstaltung, Darmstädter Musikgespräche, Schlaumäuse, Kräpelnachmittag in Weiterstadt und vieles mehr stehen auf dem Programm.... Vielleicht sehen wir uns?!

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

+++ Veranstaltungstipp +++

Wachstum und Wohlstand im Wandel

Am **kommenden Dienstag (25.02.) diskutiere ich um 19.00 Uhr im Karolinenaal** im Darmstädter Staatsarchiv gemeinsam mit meiner Kollegin Daniela Kolbe, Georg Frigger, Mitglied im bundesweiten ATTAC Koordinierungskreis und Bärbel Feltrini, ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand der IG BAU über Wachstum in Deutschland, die Rolle der Bevölkerung und der Politik sowie mögliche alternative Formen des Wirtschaftens.

Wachstum führt nicht mehr automatisch zu Wohlstand. Die **Skepsis gegenüber der vorherrschenden Marktideologie** wächst, auch vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise.

Am Dienstag stellen wir uns deshalb die Frage: **Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wohin soll es im 21. Jahrhundert gehen?**

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. **Interessierte sind herzlich eingeladen!**



+++ Wechsel im Berliner Büro +++

Neue Mitarbeiterin

In meinem Berliner Büro nimmt diese Woche **Nikola Amstelveen** ihre Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin auf. Sie wird meine Mitarbeiterin Christina Schiller für den Zeitraum ihrer Elternzeit bis Juni 2015 vertreten.

Nikola Amstelveen ist Juristin und Mediatorin und bringt Erfahrungen aus der Anwaltspraxis, dem Bereich der internationalen Kindschaftsmediation sowie der ehrenamtlichen Flüchtlingsberatung und -politik mit zu uns.

Gern können Sie sich mit Anliegen und Fragen ab sofort auch vertrauensvoll an Nikola Amstelveen wenden.

Christina Schiller wird unser Büro Mitte März erst einmal verlassen. Ich wünsche ihr für Mutterschutz und Geburt sowie das bevorstehende Familienjahr alles Gute und freue mich auf ihre Rückkehr 2015!

Weg frei für die neue Rente

Die abschlagfreie Rente ab 63 für Langzeitversicherte, eine solidarische Lebensleistungsrente und eine verbesserte Mütterrente - das sind die Grundpfeiler des von Bundearbeitsministerin Nahles auf den Weg gebrachten und Ende Januar bereits durch das Kabinett beschlossenen Gesetzesentwurfs zur Rentenreform. Am kommenden Donnerstag stimmt nun der Bundestag über die **Finanzierung dieses Rentenpakets durch Festsetzung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung** ab. Nach geltender Gesetzeslage müssen die Beitragssätze, je nach Höhe der Rücklagen des Vorjahres, zu Jahresbeginn angepasst werden. **Da im Jahr 2013 hinreichend Reserven gebildet wurden, stünde für 2014 an sich eine Senkung der Beitragssätze an. Darauf wollen wir verzichten. So sollen allein im laufenden Jahr Mehreinnahmen von 7,5 Milliarden Euro generiert werden**, die dann direkt in die neue Rente fließen können. Diese soll am 1. Juli 2014 in Kraft treten.

Zuletzt hatte die Rentenreform gerade wegen der Frage ihrer Finanzierung heiße Debatten hervorgerufen. Etwa bei 4,4 Milliarden Euro liegen die Mehrkosten für das Rentenpaket im laufenden Jahr. 2015 sollen die Kosten dann auf 9 Milliarden Euro steigen, 2020 auf 10 Milliarden Euro und 2030 auf 11 Milliarden Euro. Getragen werden sollen diese Mehrkosten zunächst aus den oben beschriebenen Rücklagen. Ab 2019 wird dann der Bundeszuschuss aus Steuermitteln erhöht. Klar: Das ist Geld, das letztendlich von den Beitragszahlern und Steuerzahlern aufgebracht werden muss. Allerdings werden damit keine „Geschenke“ verteilt. Im Gegenteil: **Es geht um Gerechtigkeit und Anerkennung. Dies sehen auch die meisten Menschen so.** Nach einer Erhebung vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stimmen 78 Prozent der Bevölkerung der abschlagsfreien ab 63 Jahren zu, 83 Prozent befürworten die Mütterrente, und 77 Prozent bejahen, dass Menschen, die aus Krankheitsgründen früher in Rente gehen müssen, bei der Erwerbsminderungsrente besser gestellt werden.

Für mich steht fest: **Die neue Rente ist ein großer Fortschritt, auch in der Bekämpfung der Altersarmut.** Gleichzeitig hat die SPD stets auch die junge Generation und das andere große Thema – die Bekämpfung der Erwerbsarmut - fest im Blick. Mit Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wirtschaft als Grundlage für künftige Einkommen und somit auch die künftige Rentenfinanzierung sowie den gesetzlichen Mindestlohn werden auch diese Generationen bedacht und damit ein Beitrag zur **Generationengerechtigkeit** geleistet.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:
S.2: *Rainer Sturm* (aboutpixel.de)
S.3: *Roman Laas*

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit

25 Jahre liegt der Mauerfall diesen Herbst nun schon zurück. Der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2013, den die Bundesregierung am kommenden Freitag dem Parlament vorlegt, zieht dazu eine sehr positive Bilanz. Den Bericht finden Sie [hier](#).

Sowohl in Ost und West ist ein deutlicher Anstieg von Lebensqualität und Wohlstand zu verzeichnen. Investitionen in Infrastruktur, Energie und Bildung haben sich bewährt und machen aus Ostdeutschland einen international wettbewerbsfähigen Standort - so verfügt der Osten beispielsweise über eine hervorragende Wissenschaftsinfrastruktur mit einem dichten Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Seit 2011 erzielen die neuen Bundesländer wieder Haushaltsüberschüsse. Interessant finde ich, dass auch die Binnenwanderung von Ost nach West deutlich nachgelassen hat. Waren es zwischen 2000 und 2005 noch durchschnittlich 66.000 Personen im Jahr, die Ostdeutschland in Richtung Westen verließen, hat sich die Binnenwanderung heute fast angeglichen. Der Wanderungsverlust beläuft sich auf lediglich knapp 2000 Personen im Jahr 2013, was ich für einen leibhaftigen Indikator für tatsächlich fühlbare, verbesserte Lebensverhältnisse und -chancen in den neuen Bundesländern halte.

Allerdings - auch das bestätigt der Bericht - bestehen nach wie vor spürbare Unterschiede im Lohn- und Rentenniveau. Auch die Arbeitslosigkeit ist im Osten deutlich höher als im Westen. Zwar ist seit 2005 eine kontinuierliche Senkung der Arbeitslosenquote zu verzeichnen, derzeit auf etwa 10,7 %. Das liegt allerdings immer noch mehr als 3 Prozentpunkte über der gesamtdeutschen Quote. Es ist Aufgabe der Politik diese Benachteiligung nun endlich zu ändern. **Der neue Mindestlohn von 8,50 Euro, der vor allem im Osten zu Buche schlagen wird, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.** Durch ihn werden auch die Renten im Osten steigen. 2019 soll so ein deutschlandweit einheitliches Rentenniveau gelten - wie ich finde, ein schlagendes Argument für den **ausnahmslosen flächendeckenden Mindestlohn**. Deshalb wird sich die SPD auch weiter tatkräftig für diesen einsetzen - wir wollen keine Ausnahmen!

Es ist also was die Deutsche Einheit im Sinne einer Einheitlichkeit betrifft **„viel erreicht und viel zu tun“**. So hat es meine Kollegin aus dem Bundeswirtschaftsministerium und Ost-Beauftragte der Bundesregierung Iris Gleicke ausgedrückt. **Allerdings ist es auch an der Zeit, den Blick auf andere strukturschwache Regionen in Deutschland zu lenken.** Denn Uneinheitlichkeit der Lebensbedingungen ist nicht nur ein Problem von Ost und West. Das Auslaufen des Länderfinanzausgleichs sollte dafür genutzt werden, Finanzierungshilfen nach Bedarf und unabhängig von der Himmelsrichtung zu gewähren.